



iran-report

Nr. 02/2008

ایران رپورت

I. Innenpolitik

7 200 Bewerber für Parlamentswahl - rund 3 000 abgelehnt / Chatami im Visier der Radikalislamisten / Tod eines Studenten in Geheimdiensthaft / Studenten und Schüler: "Wir werden die Angriffe der Regierung zurückschlagen" / Amnesty fordert Iran zum Verzicht auf Steinigungen auf / Sieben Verurteilte gehängt / Iran will afghanische Flüchtlinge vorerst nicht mehr ausweisen / Claus Peymann gastiert mit "Mutter Courage" in Teheran / Lasker-Schüler-Gesellschaft protestiert gegen Festnahme eines Autoren

II. Wirtschaft

Jährlich 62 Milliarden Dollar Öleinnahmen / Ahmadinedschad beantragt vor Parlamentswahlen höheren Haushalt / Bevölkerung leidet unter Gas-Knappheit / USA weiten Sanktionen gegen Iran und Syrien aus / Türkei will Zentrum für Urananreicherung werden / Dritte russische Uranlieferung erreicht Iran - Israel kritisiert / Deutsch-Iraner wegen versuchten Atomschmuggels festgenommen

III. Außenpolitik

Neue Sanktionen im Atomkonflikt / Irans erste Reaktion auf das Treffen in Berlin / Rice für diplomatische Lösung im Atomkonflikt mit Iran / Chamenei: USA werden Iran nicht in die Knie zwingen können / Iran zeigt El Baradei erstmals Zentrifugen-Labor / Zwischenfall am Persischen Golf / Bush wirbt bei Golfstaaten für Front gegen Iran / Wirksamkeit von US-Sanktionen gegen Iran fraglich / US-Armee: Mehr Anschläge im Irak mit mutmaßlicher Hilfe Irans / Neuer Iran-Beauftragter im US-Außenministerium / Frankreich bekommt seinen ersten Militärstützpunkt am Persischen Golf / Israelische Armee testet erfolgreich Rakete / Berlin will wegen Diplomaten-Ausweisung mit Teheran sprechen / Iran wirft Washington mangelnde kulturelle Toleranz vor / Erster direkter Kontakt zwischen den Präsidenten Ägyptens und Irans



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2008 Anfang März) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2008

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren oder ihn abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

7. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

7200 Bewerber für Parlamentswahl - rund 3000 abgelehnt

Zur Parlamentswahl am 14. März hatten sich nach offiziellen Angaben rund 7200 Personen um die 290 Sitze beworben, darunter seien auch 590 Frauen, sagte Innenminister Mostafa Purmohammadi am 12. Januar in Teheran.

Zu den bekanntesten Bewerbern um einen Parlamentssitz gehört der im Oktober als Chef-Atomunterhändler zurückgetretene Ali Laridschani. Der enge Berater des Revolutionsführers Ali Chamenei wurde von einer Gruppe gemäßigt konservativer Parteien aufgestellt. Ebenfalls kandidieren will Ex-Geheimdienstminister Ali Fallahian, gegen den in Deutschland in den 90er Jahren wegen der so genannten Mykonos-Morde an vier kurdischen Dissidenten ermittelt wurde. Das Berliner Landgericht sah es als erwiesen an, dass Fallahian neben anderen führenden Politikern des Landes als Drahtzieher bei den Morden mitgewirkt hatte. Auch in der Schweiz wird Fallahian beschuldigt, die Tötung eines iranischen Oppositionellen angeordnet zu haben.

Doch mit der Abgabe der Bewerbungsunterlagen ist die Zulassung zur Teilnahme an der Wahl längst nicht gesichert. Zunächst werden die Unterlagen von Ausschüssen, die vom Innenministerium gebildet werden, geprüft. Diese Ausschüsse sollen angeblich aus angesehenen Persönlichkeiten im jeweiligen Bezirk zusammengesetzt werden. Sie sollen erst einmal prüfen, ob die Kandidaten vorbestraft sind, ob gegen sie eine Anklage vorliegt, ob sie sich sittlich-moralisch dazu eignen, als Volksvertreter gewählt zu werden.

Wer diese Hürde überwindet, ist immer noch nicht am Ziel. Die letzte Entscheidung liegt beim Wächterrat. Dieses Gremium überprüft die religiöse und politische Eignung eines jeden Kandidaten. Es geht hauptsächlich darum, festzustellen, ob der jeweilige Bewerber ohne jeden Zweifel an das System des Welyat-e Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) glaubt und ob er sich Zeit seines Lebens diesem System gegenüber loyal verhalten hat. Das bedeutet, dass alle, die sich irgendwann kritisch zu den Grundsätzen des Gottesstaates geäußert bzw. in der Tagespolitik kritische Positionen ein-

genommen haben, welche nach Meinung des Wächterrats den Interessen der Islamischen Republik geschadet haben, als ungeeignet zurück gewiesen werden. Das gilt sogar für Politiker, die Jahre lang hohe Ämter bekleidet haben oder für mehrere Perioden als Abgeordnete tätig waren.

Der mächtige Wächterrat, ohne dessen Zustimmung kein vom Parlament verabschiedetes Gesetz in Kraft treten kann, trifft also eine Vorauswahl und bestimmt von vornherein, wen das Volk wählen darf. Das macht grundsätzlich die Wahlen in der Islamischen Republik zur Farce. Hinzu kommt, dass der Wächterrat nicht etwa unabhängig ist und vom Volk gewählt wird. Sechs Mitglieder des zwölfköpfigen Gremiums - sie sind Geistliche - werden vom Revolutionsführer ernannt. Die anderen sechs, die Rechtsexperten sein sollen, werden von der Justiz, dessen Chef wiederum vom Revolutionsführer ernannt wird, bzw. vom Parlament bestimmt. Der Wächterrat ist demnach nichts anderes als der verlängerte Arm des Revolutionsführers. Er vertritt ganz offen und ohne jegliches Schamgefühl die Interessen der Radikalismlisten. Bei seinen Entscheidungen über die Eignung der Kandidaten, zu deren Begründung er sich nicht genötigt sieht, fühlt er sich einzig dem Revolutionsführer verpflichtet.

Bei den letzten Parlamentswahlen 2004 wurden fast zweieinhalbtausend Bewerber zurückgewiesen - bis auf wenige Ausnahmen sämtliche Bewerber der Reformfraktion. So wurde die absolute Mehrheit der Islamisten gesichert.

Dieses Mal scheint sich die Tragödie zu wiederholen. Schon bei der Überwindung der ersten Hürde sind nach offiziellen Angaben rund dreitausend Bewerber auf der Strecke geblieben. Die meisten Abgewiesenen gehören zu den Kandidaten der Reformer. Am 5. März will der Wächterrat, wie angekündigt, die endgültige Liste der „geeigneten“ Kandidaten veröffentlichen.

Die Reformer haben gehofft, von der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der Regierung Ahmadinedschad profitieren und Zugewinne nach ihrem schlechten Abschneiden vor vier Jahren erlangen zu können. Die Wahl sollte auch die Weichen für die kommende Präsidentschaftswahl im Sommer nächsten Jahres stellen. Die Befürchtung mancher Re-

former, es könnte zur massenhaften Ablehnung ihrer Kandidaten kommen (s. nachfolgenden Bericht), scheint bestätigt worden zu sein. Man darf gespannt sein, wie sie sich in dieser Situation verhalten werden.

Sollte es tatsächlich bei der massiven Ablehnung bleiben, empfehlen einige Reformer, die zum linken Flügel gehören, die Teilnahme an der Wahl zu verweigern oder gar zum Wahlboykott aufzurufen. Denn mit der Teilnahme würde man Wahlen legitimieren, die nicht frei und damit völlig unakzeptabel sind. Demgegenüber hat der ehemalige Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, der eigentlich zum konservativen Lager gehört, sich jedoch als Reformler präsentiert, zu einer hohen Beteiligung aufgerufen. Die Reformer hätten aus ihren früheren Erfahrungen gelernt, dass ein Fernbleiben von solchen Abstimmungen ihren Einfluss auf die politischen Entscheidungen im Land mindere, sagte Karrubi der Nachrichtenagentur Reuters. „Es ist nicht wie vor vier Jahren, als extremistische Reformisten die Menschen aufriefen, nicht zur Wahl zu gehen. Wenn die Beteiligung hoch ist, wird das gut für die Reformler sein. Das andere Lager hat eindeutige Unterstützer, die in jedem Fall wählen werden, weil sie mit der gegenwärtigen Situation äußerst zufrieden sind.“

Die offene und harte Kritik Karrubis hat im Lager der Reformler viel Unfrieden gestiftet. Manche Reformer werfen dem früheren Parlamentspräsidenten vor, er versuche, seine Kandidaten durchzubringen und bereite durch den Ausbau seiner eigenen Hausmacht seine Kandidatur bei der kommenden Präsidentenwahl vor. Tatsächlich hat Karrubi mit seinen kritischen Äußerungen viel Schaden angerichtet und dazu beigetragen, dass die Bildung einer Einheitsfront scheiterte. Durch die Position zwischen den Reformern und Konservativen hofft Karrubi offenbar auf Milde für seine Kandidaten. Bei unfairer Behandlung werde man sich möglicherweise beim Revolutionsführer Ali Chamenei beschweren, sagte Karrubi der Agentur Reuters. Die Hoffnung, dass Chamenei ein Schlupfloch für Karrubis Anhänger öffnet, ist nicht unrealistisch. Das Prinzip: teile und herrsche, ist sicherlich auch dem Mann an der Spitze des Gottesstaates vertraut.

Chatami im Visier der Radikalisla- misten

Im Vorfeld der Parlamentswahlen am 14. März haben die Radikalislamisten ihre Pfeile auf den Ex-Staatspräsidenten Mohammad Chatami gerichtet, der zwar selbst nicht kandidiert, jedoch als Integrationsfigur im Lager der Reformler bei den Wahlen eine zentrale Rolle spielt. Anlass zu den Anfeindungen lieferten die Äußerungen Chatamis vor einer Versammlung der Reformler am 15. Januar. „Abgesehen von umlaufenden Gerüchten habe ich bestimmte Hinweise erhalten, dass man bei der Zulassung der Bewerber kleinlich vorgehen und zahlreiche erfahrene und systemtreue Kandidaten von der Teilnahme an der Wahl ausschließen will“, sagte Chatami. „Ein solches Vorgehen würde sowohl für unsere Staatsordnung als auch für unsere Gesellschaft sehr schädlich sein. Ich hoffe, dass das, was man hört, nicht auf die Politik der offiziell für die Wahlen zuständigen Organe zutrifft, sondern nur auf jene, die auf die Durchführung der Wahlen keinen Einfluss haben. Andernfalls würde die wichtigste Voraussetzung einer guten und korrekten Wahl, nämlich der Wettbewerb, nicht gegeben sein. Das wäre sicherlich auch nicht im Sinne der islamischen Staatsführung.“

Chatami äußerte die Hoffnung, dass „die für die Wahl zuständigen Gremien diese Befürchtungen zerstreuen werden und wir somit Zeuge von Wahlen sein werden, die rechtmäßig sind“ und bei denen in einer für die Allgemeinheit zufrieden stellenden Atmosphäre die Kandidaten miteinander wetteifern können. „Es soll, Gott bewahre, nicht eine Situation eintreten, bei der sich die Mehrheit der Bevölkerung ungerecht behandelt fühlt“, sagte Chatami.

Diese Worte Chatamis, die offensichtlich an die Adresse der vom Innenministerium berufenen Wahlausschüsse und noch mehr an den Wächterrat gerichtet waren, riefen namhafte Konservative auf den Plan. Sie reagierten mit einem Gegenangriff, der auch die Person Chatami diffamierte. Mohammad Nabi Habibi, Generalsekretär der islamistisch orientierten Partei „Motalefeh Eslami“, empfahl Chatami, statt der Beschäftigung mit Gerüchten lieber „geeignete Kandidaten“ aufzustellen. Leute wie Chatami, die Träger hoher Ämter waren, sollten ihren Einfluss geltend machen und dafür sorgen, dass Radikale und für die Position eines Parlaments-

abgeordneten ungeeignete Personen, an einer Wahlteilnahme gehindert werden.

Schon zuvor hatte der Vorsitzende des mit Konservativen besetzten Wächterrats, Ahmad Djannati, erklärt, juristische Unschuld sei keineswegs das einzige Kriterium für die Zulassung der Bewerber. Mehrere Radikal-Konservative haben in den letzten Wochen mit Blick auf die Kandidaten der Reformer an den Wächterrat appelliert, bei der Beurteilung der Bewerber keinerlei Kompromisse einzugehen und auf niemanden Rücksicht zu nehmen.

Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA warf Chatami vor, Ängste zu schüren und Gerüchte in die Welt zu setzen. „Parto“, eine Wochenzeitung des „Imam-Chomeini-Instituts für Lehre und Forschung“, das von Ayatollah Mesbah Yazdi, dem ideologischen Ziehvater Ahmadedschads geleitet wird, forderte sogar unverblümt den Wächterrat auf, die Reformer komplett von der Teilnahme an der Wahl auszuschließen.

Tod eines Studenten in Geheimdiensthaft

Ebrahim Lotfollahi, Jura-Student an der Universität Payam-e Nur in Sanandadj, einer Stadt im kurdischen Teil Irans, wurde am 17. Januar in seiner Zelle tot aufgefunden. Geheimdienst und Gefängnisleitung behaupten, er habe Selbstmord begangen. Die Eltern des Opfers akzeptieren diese Darstellung nicht. Sie verlangen die Öffnung des Grabs und die Obduktion des Leichnams.

Als Grund für die Verhaftung Lotfollahis wurden „Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit sowie Parteinahme für oppositionelle Organisationen“ angegeben. Sein Anwalt, Mohammad Saleh Nikbacht, sagte gegenüber dem persischsprachigen Programm der BBC, der Student habe keiner politischen Organisation angehört.

Lotfollahi wurde am 6. Januar auf Anordnung des Staatsanwalts von Sanandadj, unmittelbar nach einer Prüfung beim Verlassen der Universität festgenommen. Nach zwei Tagen Untersuchungshaft wurde er ins Gefängnis gebracht. Am selben Tag besuchten ihn seine Eltern. Als die Eltern ihm am nächsten Tag warme Kleidung bringen wollten, hieß es, der Gefangene sei in die Haftanstalt des Geheimdienstes gebracht worden. Am Nachmittag desselben

Tages wurden die Eltern telefonisch zum Geheimdienst bestellt. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass ihr Sohn Selbstmord begangen habe. Sie könnten den Leichnam im Friedhof entgegennehmen. Doch dort wurden sie abgewiesen. Sie sollten am nächsten Tag vorbeikommen, hieß es. Am nächsten Tag teilte ihnen die Friedhofsleitung mit, dass der Leichnam bereits während der Nacht begraben worden sei.

Der Bruder des Opfers, Esmail Lotfollahi, sagte der BBC, man habe ihm mit Sanktionen gedroht, falls er den Fall öffentlich machen würde. Anwalt Nikbacht erklärte, es sei in Sanandadj noch nie vorgekommen, dass der Leichnam eines im Gefängnis verstorbenen Gefangenen so rasch und ohne Zustimmung der Angehörigen begraben wird. Sollte Lotfollahi tatsächlich Selbstmord begangen haben, hätte man die Eltern durch die Hinzuziehung eines Gerichtsmediziners davon überzeugen können.

Da die Eltern die Version des Geheimdienstes nicht akzeptieren und annehmen, dass ihr Sohn unter der Folter gestorben sei, werde er die Öffnung des Grabs und eine Obduktion durch unabhängige Ärzte beantragen.

Lotfollahi ist nun der zweite Gefangene, der angeblich durch Selbstmord im Gefängnis stirbt. Vor kurzem ist der jungen Ärztin Sahra Baniyaghub dasselbe Schicksal widerfahren. Nach Darstellung des Geheimdienstes soll sie in der Untersuchungshaft in der Stadt Hamedan Selbstmord begangen haben. Aufgrund von Protesten wird der Fall zurzeit von der Justizbehörde untersucht. Politische Beobachter sind davon überzeugt, dass beide Opfer nicht durch Selbstmord, sondern durch Folter getötet worden seien.

Studenten und Schüler: "Wir werden die Angriffe der Regierung zurückschlagen"

In einer am 19. Januar veröffentlichten Erklärung der „Studenten aller Universitäten des Landes, die nach Freiheit und Gleichberechtigung streben“ werden alle Schüler und Studenten aufgefordert, sich zu organisieren und gegen die staatliche Willkür zu erheben. „Die Kräfte der Unterdrückung und Willkür wollen den Ruf aus den Universitäten nach Freiheit und Gleichberechtigung nicht dulden“, heißt es in der Erklärung. „Sie wollen unsere

Stimmen ersticken. Aber sie irren sich. Denn solange Menschen nicht in Freiheit leben, solange ihr Streben nach Gleichberechtigung mit Gewalt, Gefängnis und Folter beantwortet wird, wird der Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung nicht aufhören."

Die Unterzeichner fordern Studenten und Schüler auf, sich für die Ziele der Studentenbewegung einzusetzen und den „Platz eines jeden verhafteten Studenten mit tausend neuen Schülern und Studenten zu füllen“. „Wir fordern euch auf, wo immer ihr auch seid, an den Universitäten oder Schulen, euch zu organisieren. Reiht euch in die Front der Studenten und Schüler ein, wenn ihr mit unseren Zielen einverstanden seid!"

Die Studenten fordern:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen
2. Landesweite Koordinierung der Aktivitäten
3. Bildung eines einheitlichen Netzes zum gemeinsamen Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung
4. Bildung von Vereinen zur Pflege von Kunst und Kultur, zur Unterstützung der freien Meinungsäußerung und des Gedankenaustauschs
5. Vereinsgründungen, Bildung von Einheiten sowie lokale und regionale Aktivitäten sollen auf den Internet-Seiten: www.azady-barabary.net zum Austausch von Erfahrungen und zur Koordinierung der Kampagnen bekannt gegeben werden.

„Nur im gemeinsamen Kampf wird es uns gelingen, die inhaftierten Studenten aus dem Gefängnis und von der Folter zu befreien“, schreiben die Unterzeichner. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Universitäten und Schulen, diese Bollwerke der Freiheit, in Garnisonen verwandelt werden.“

Amnesty fordert Iran zum Verzicht auf Steinigungen auf

Amnesty International (ai) hat an die iranische Führung appelliert, auf Steinigungen als besonders grausame Form der Hinrichtung zu verzichten. Obwohl Iran vor über fünf Jahren bereits zugesichert habe, keine Menschen mehr zu steinigen, habe es seitdem immer wieder Hinrichtungen dieser Art

gegeben, betonte die Menschenrechtsorganisation am 11. Januar in Berlin.

Der Tod durch Steinigung werde in Iran zudem häufig bei Ehebruch verhängt, was in den meisten Ländern der Welt nicht einmal strafbar sei. Die Mehrheit der zum Tode durch Steinigung Verurteilten seien Frauen. Ihre Aussagen hätten vor iranischen Gerichten nur halb so viel Gewicht wie die von Männern.

Amnesty International forderte die iranische Führung auf, alle noch anstehenden Steinigungen auszusetzen und die Anwendung der Todesstrafe durch Steinigung abzuschaffen. Auch sollten Gesetze, die eine „eilvernehmliche außereheliche sexuelle Beziehung“ bestrafen, außer Kraft gesetzt werden.

Sieben Verurteilte gehängt

Erneut wurden in Iran sieben verurteilte Drogenschmuggler am Galgen hingerichtet: Zwei wegen Mordes verurteilte Männer wurden einem Bericht der staatlichen Zeitung „Iran“ vom 10. Januar zufolge in Jahrom, etwa 1.100 Kilometer südlich der Hauptstadt Teheran, hingerichtet. Drei Drogenschmuggler und zwei Mörder wurden im Osten des Landes gehenkt, wie örtliche Zeitungen berichteten. Amnesty International zufolge werden mehr als 90 Prozent der Hinrichtungen in sechs Ländern vollstreckt: China, Iran, Irak, Pakistan, Sudan und den USA.

Iran will afghanische Flüchtlinge vorerst nicht mehr ausweisen

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat angeordnet, die Ausweisung afghanischer Flüchtlingen aus Iran vorübergehend auszusetzen. Nach Beratungen mit dem neuen iranischen Botschafter in Kabul habe Ahmadinedschad dies aus humanitären Erwägungen beschlossen, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur IRNA am 16. Januar die iranische Botschaft in der afghanischen Hauptstadt. Der afghanische Außenminister hatte am 15. Januar den iranischen Botschafter einbestellt, um seine Bedenken wegen der erzwungenen Heimkehr der Flüchtlinge mitten im Winter zu äußern.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wurden in der ersten Hälfte des Monats Januar rund 9000 illegal eingereiste afghani-

sche Flüchtlinge aus Iran ausgewiesen. Zwar gibt es zwischen Kabul und Teheran ein Abkommen, nach dem anerkannte Flüchtlinge nur aus freien Stücken wieder nach Afghanistan zurückzukehren brauchen. Dies gilt jedoch nicht für illegal Eingewanderte. Nach iranischen Schätzungen halten sich in dem Land rund 1,5 Millionen nicht anerkannte und rund 900.000 anerkannte afghanische Flüchtlinge auf.

Claus Peymann gastiert mit "Mutter Courage" in Teheran

Das Berliner Ensemble gastiert mit Claus Peymanns Inszenierung von Bertolt Brechts "Mutter Courage und ihre Kinder" in Teheran. An drei Abenden (12., 13. und 14.2.) spielt das Ensemble das Antikriegsstück beim 26. International Fadjr Theater Festival. Aufführungsort sei die 1200 Zuschauer fassende Vahdat Halle, teilte das Theater am 11. Januar mit. Es ist bereits das zweite Gastspiel des Berliner Ensembles bei dem vom Dramatic Arts Center of Iran veranstalteten Festival. Im Januar 2002 gastierte das Theater dort mit Shakespeares "Richard II." in der Regie von Peymann.

Lasker-Schüler-Gesellschaft protestiert gegen Festnahme eines Autors

Der iranische Autor und Übersetzer Amin Ghazaei ist nach Angaben der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft (Wuppertal) vom Geheimdienst in Teheran festgenommen worden. Ghazaei, Mitglied der deutschen Literaturorganisation, sei am 14. Januar zusammen mit einer Gruppe von Studenten abgeführt worden, teilte ein Sprecher der Gesellschaft am 17. Januar in Wuppertal mit. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) erwägt nach Angaben einer Sprecherin, sich in einer Eilaktion für die Inhaftierten einzusetzen. Vermutlich befänden sich die Vereschleppten in einem Teheraner Gefängnis.

Grund für die Festnahme des Autors, der zu der jüngeren Generation der Literaten seines Landes gehört, sei möglicherweise die jüngste Internet-Veröffentlichung seiner Übersetzungen, sagte der Verleger Ghazaeis der Deutschen Presseagentur dpa. Hierzu gehöre auch ein Titel des französischen Philosophen Jean Baudrillard.

Seit den Festnahmen hätten die Familien weder von Ghazaei noch von den Studenten ein Lebenszeichen erhalten, sagte der Verleger Sam Vashegi. Angesichts ähnlicher Vorgänge in Iran müsse das Schlimmste befürchtet werden. Der verschwundene Autor publiziere in Europa im Verlag Nashre (Paris).

Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft hat nach den Worten ihres Vorsitzenden Hajo Jahn den iranischen Botschafter in Berlin in einem Brief zur „unverzüglichen Freilassung“ des festgenommenen Schriftstellers aufgefordert. Mit ihren international rund 1400 Mitgliedern und der Internet-Plattform www.exil-archiv.de kümmert sich die Wuppertaler Organisation um das Schicksal verfolgter Künstler und Autoren.

II. Wirtschaft

Jährlich 62 Milliarden Dollar Öleinnahmen

Laut der iranischen Zentralbank hat Iran in der Zeit der Regierung Ahmadinedschad jährlich im Durchschnitt 62 Milliarden Dollar Einnahmen aus dem Öl-Export erzielt. Das ist im Vergleich zur Regierungszeit Rafsandschanis viermal und zu der Chatamis dreimal höher. Dieser Steigerung zeigt sich auch in einer weiteren von der Zentralbank vorgelegten Bilanz der iranischen Importe. Der Gesamtimport betrug in der Ära Rafsandschani im Jahresdurchschnitt 17,3 Milliarden Dollar, in der Ära Chatami 20,5 Milliarden Dollar, während er in der bisherigen Amtszeit von Ahmadinedschad im Jahresdurchschnitt bei 50 Milliarden lag.

Ahmadinedschad beantragt vor Parlamentswahlen höheren Haushalt

Im Vorfeld der Parlamentswahl (14. März) hat Präsident Ahmadinedschad eine deutliche Erhöhung des Staatshaushalts beantragt. Mit den zusätzlichen Ausgaben solle die soziale Gerechtigkeit im Lande gefördert werden, sagte er am 7. Januar vor dem Parlament in Teheran. Doch Kritiker befürchten, eine Etataufstockung werde die ohnehin schon bei 19 Prozent liegende Inflation in dem Opec-Land weiter anheizen.

Das vom Präsidenten beantragte Staatsbudget von umgerechnet rund 200 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2008/2009 liegt 18 Prozent über dem Etat für das laufende Jahr. Wirtschaftswissenschaftler haben die Haushaltspolitik Irans für die Inflation verantwortlich gemacht, die seit dem Regierungsantritt Ahmadinedschads 2005 stetig gestiegen ist. Der Präsident kann auf die Einnahmen aus dem Ölgeschäft zurückgreifen, die wegen des hohen Preises für den Rohstoff derzeit sprudeln.

Nach Meinung von Wirtschaftsexperten stehe der Haushaltsentwurf im eklatanten Widerspruch zu dem vom Parlament verabschiedeten 4. Zukunftsplan. Dieser Plan, der vor drei Jahren in Kraft getreten ist, sieht vor, dass der Anteil der Öleinnahmen am Staatshaushalt kontinuierlich reduziert und am Ende in zwei Jahren auf ein Minimum eingeschränkt wird. Die Entwicklung des

Staatshaushalts seit Ahmadinedschads Amtsübernahme zeigt jedoch einen gegenteiligen Trend. Die Regierung hat die Öleinnahmen von rund 200 Milliarden Dollar in den letzten zwei Jahren fast gänzlich aufgebraucht, so dass die Devisenreserven Irans zurzeit auf ganze acht Milliarden Dollar geschrumpft sind. Neben hohen Ausgaben, die nicht öffentlich und vermutlich nicht einmal dem Parlament bekannt sind, ist das sprunghafte Wachsen des Haushalts damit zu erklären, dass die Regierung versucht, durch größere Subventionen und Importe von Waren dem enormen Anstieg von Preisen entgegenzuwirken.

Auffallend ist auch, dass die Regierung in ihrem diesjährigen Haushaltsentwurf auf die detaillierte Darlegung einzelner Posten verzichtet. Während zum Beispiel im vergangenen Jahr der Haushalt auf 2400 Seiten erläutert wurde, sind es diesmal nur 600 Seiten. Ahmadinedschad erklärte, so sei der Haushalt übersichtlicher. Er sei sogar bestrebt, in Zukunft mit 50 bis 60 Seiten auszukommen. Kritiker sind der Meinung, dass ein solches Vorgehen das Recht des Parlaments missachtet und den Abgeordneten die Möglichkeit verwehrt, einen genauen Überblick über den Haushalt zu bekommen. Mit diesem Entwurf würden Parlamentsmitglieder nicht herausfinden können, wofür im Einzelnen Gelder ausgegeben werden. Auch der Rechnungshof werde, sollte dieser Entwurf verabschiedet werden, nicht mehr in der Lage sein, die Ausgaben im Einzelnen zu prüfen. Das Parlament hat nun einen Monat Zeit, um dem neuen Haushalt zuzustimmen. Nach Einschätzung politischer Beobachter wird die Mehrheit der Abgeordneten, die dem konservativen Flügel angehört, angesichts bevorstehender Wahlen dem Entwurf trotz aller Kritik zustimmen.

Bevölkerung leidet unter Gas-Knappheit

Gleichzeitig mit dem überraschenden Einbruch einer starken Kältewelle fiel die Gasversorgung in weiten Teilen des Landes aus oder sie wurde stark eingeschränkt. Die Gasknappheit wurde nicht allein durch die Zunahme des Verbrauchs verursacht, sondern vor allem durch den unerwarteten Ausfall des Gasimports aus Turkmenistan. Das Nachbarland stellte am 1. Januar den Gasexport nach Iran ein. Diese Maßnahme wurde offiziell mit der Notwendigkeit weitreichender Reparaturen begründet.

Doch andere Quellen sind der Meinung, die Einstellung des Exports sei erfolgt, um höhere Preise durchzusetzen.

Gholamhossein Nosari, Irans Ölminister, erklärte am 16. Januar, die Regierung sei bemüht, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Gas zu gewährleisten. Zu dem Konflikt mit Turkmenistan meinte er, Teheran werde nur dann neue Verhandlungen mit dem Nachbarland aufnehmen, „wenn durch die Pipelines wieder Gas fließt“.

Iran besitzt nach Russland die zweitgrößten Gasvorkommen der Welt. Aber das Land hat es, wie beim Erdöl, auch beim Erdgas versäumt, die Kapazität der Raffinerien zu erhöhen.

Nach dem Ausfall des Imports aus Turkmenistan stellte Iran den Gasexport in die Türkei ein und begründete dies mit der Kältewelle und dem rapiden Anstieg des Inlandsbedarfs.

Nosari erklärte, der derzeitige Versorgungsmangel habe nichts mit Gasknappheit zu tun. Der Mangel sei durch technische Probleme im Verteilungsnetz entstanden.

Der Vorsitzende des Energie-Ausschusses im iranischen Parlament, Kamal Daneschyar, sagte, das Außen- und das Ölministerium beabsichtigen, sich im Konflikt mit Turkmenistan, an internationale Gerichte zu wenden. Er fügte hinzu: „Es besteht die Möglichkeit, dass Turkmenistan durch andere Staaten (gemeint sind vor allem die USA) unter Druck gesetzt worden ist, die Gaslieferung nach Iran einzustellen, obwohl es dafür noch keinen Nachweis gibt.“ Gleichzeitig äußerte er die Vermutung, Turkmenistan wolle den Gas-Preis um das Doppelte erhöhen.

USA weiten Sanktionen gegen Iran und Syrien aus

Die USA haben ihre gezielten Finanzaktionen gegen Iran und Syrien ausgeweitet. Das Finanzministerium in Washington setzte nach Angaben vom 9. Januar einen hochrangigen Offizier der iranischen Revolutionsgarden sowie einen in Syrien ansässigen Fernsehsender auf seine „schwarze Liste“, um jegliche Wirtschaftskontakte mit ihnen zu unterbinden. Die Behörde legte dem iranischen Brigadegeneral Ahmad Forusandeh und dem Sender El Sawra Unterstüt-

zung für Aufständische im Irak zur Last. Forusandeh soll an Anschlägen auf irakische Regierungsvertreter und US-Soldaten mitgewirkt haben.

Auf der „schwarzen Liste“ des Finanzministeriums stehen mehr als 20 iranische Regierungsbehörden, Banken und Einzelpersonen. Der Eintrag auf der Liste bedeutet, dass es keinem US-Bürger und keiner privaten Organisation gestattet ist, finanzielle Verbindungen mit den Verzeichneten einzugehen. Ziel ist die weitere wirtschaftliche Isolierung Irans.

Türkei will Zentrum für Urananreicherung werden

Die Türkei will nach Presseberichten in den kommenden Jahren ein Zentrum für die Urananreicherung in der Region werden. Darüber sollte bei einer Energie-Konferenz in Istanbul am 18. Januar gesprochen werden, berichtete vorab die Zeitung „Hürriyet“ am 15. Januar. An dem Treffen hatten hochrangige Vertreter der Internationalen Atombehörde (IAEA) sowie der Atommächte USA, Russland, Frankreich und Großbritannien teilgenommen.

Hürriyet sowie die Wirtschaftszeitung Referans berichteten übereinstimmend, die USA und die Türkei hätten im Vorfeld des Treffens bilaterale Gespräche über den türkischen Vorschlag geführt. Wegen der möglichen Verwendung von angereichertem Uran beim Bau von Atomwaffen seien die USA bisher strikt gegen den Ausbau dieser Technologie in der Region gewesen, berichtete Referans. Wenn das NATO-Land Türkei zu einem Zentrum der Urananreicherung werde, könne sich das aber ändern.

Laut Referans wird daran gedacht, Atomkraftwerke in Nahost-Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Jemen und Syrien von der Türkei aus mit angereichertem Uran zu versorgen. Auch Iran, dessen Atomprogramm vom Westen als möglicher Einstieg in die Nuklearwaffen-Technologie betrachtet wird, hat Interesse signalisiert. Die Türkei will in diesem Jahr mit dem Bau ihres ersten Atomkraftwerks beginnen. Ob das türkische Vorhaben beim Treffen vom 18. Januar zur Sprache gekommen ist und darüber gar eine Entscheidung getroffen wurde, ist bislang nicht bekannt.

Dritte russische Uran-Lieferung erreicht Iran - Israel kritisiert

Die dritte russische Brennstofflieferung nach Iran für das erste Atomkraftwerk nahe der Stadt Buschehr ist am 18. Januar eingetroffen. Sie hatte nach iranischen Angaben einen Umfang von elf Tonnen angereichertem Uran. Insgesamt soll Iran in acht Lieferungen 82 Tonnen nuklearen Brennstoff erhalten. Die Fertigstellung des Atomkraftwerks ist international umstritten. Der Westen bezweifelt, dass Teheran mit seinem Programm friedliche Zwecke verfolgt.

Iran möchte sein erstes Atomkraftwerk bereits im Sommer in Betrieb nehmen. Russland hingegen geht davon aus, dass Buschehr nicht vor Ende dieses Jahres ans Netz gehen wird. Erst nach jahrelangen Verzögerungen hatte Russland Mitte Dezember mit der Ausfuhr der Brennelemente begonnen. Die beiden Länder hatten den Vertrag über den Bau des Kraftwerks 1995 geschlossen. Danach muss Teheran verbrauchte Brennstäbe an Russland zurückgeben. Zudem soll die Internationale Atombehörde (IAEA) die Nutzung der Brennstäbe kontrollieren.

Die israelische Außenministerin Zipi Livni hat in Moskau die Brennstofflieferungen nach Iran kritisiert. Es bestehe die Gefahr, dass die Führung in Teheran Uran für militärische Zwecke anreichere, sagte Livni nach Angaben der Agentur Interfax bei einem Vortrag vor Diplomaten.

Deutsch-Iraner wegen versuchten Atomsmuggels festgenommen

Die Bundesanwaltschaft hat am 16. Januar in Berlin einen deutsch-iranischen Geschäftsmann wegen versuchten Atom-Smuggels festnehmen lassen. Zugleich durchsuchte das Zollkriminalamt die Wohn- und Geschäftsräume des 52-jährigen in Berlin, wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte.

Der promovierte Ahmad R. soll von August bis September 2007 trotz des so genannten Iran-Embargos versucht haben, „nukleartechnisch relevantes Material“ an eine im Embargo gelistete Einrichtung zu liefern. Das Material sei eigentlich „vom Export nach Iran ausgeschlossen“. Die betroffene Einrichtung soll maßgeblich am Atomprogramm des Landes beteiligt sein.

Gegen den Beschuldigten besteht der Verdacht des versuchten Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Festnahmeaktion erfolgte aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 13. Dezember 2007.

Der Geschäftsmann wurde bereits am 15. Januar dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Berlin vorgeführt, der Untersuchungshaft angeordnet hat. Mit den weiteren Ermittlungen ist das Zollkriminalamt beauftragt. Weitergehende Auskünfte könnte derzeit nicht erteilt werden, hieß es.

Das Magazin Focus berichtete von einem weiteren Fall. Demnach haben Zollfahnder den illegalen Transfer von Tritiumsgas für das iranische Atomprogramm verhindert. Beamte des Zollkriminalamtes hätten den Geschäftsführer einer Berliner Chemiefirma verhaftet, der das Geschäft mit der iranischen Atomenergieorganisation AEOI eingefädelt haben sollte, berichtete das Magazin am 20. Januar unter Berufung auf Ermittlerkreise. Im Dezember hätten niederländische Zöllner die brisante Fracht auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol kurz vor der Ausfuhr nach Teheran beschlagnahmt. Das Industriegas erhöht nach diesen Angaben die Sprengkraft von Atomwaffen.

III. Außenpolitik

Neue Sanktionen im Atomkonflikt

Nach offiziellen Verlautbarungen haben sich die Vetomächte der Vereinten Nationen und Deutschland darauf geeinigt, im Atomkonflikt mit dem Iran weitere Sanktionen gegen das Land einzuleiten. Die Außenminister der USA, Chinas, Russlands, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands verständigten sich bei ihrem Treffen in Berlin am 22. Januar auf einen Entwurf für eine neue UN-Resolution, der in Kürze in den Sicherheitsrat eingebracht werden soll.

„Wir appellieren noch einmal gemeinsam mit aller Dringlichkeit an die Führung in Teheran, den Forderungen des Sicherheitsrats und der Internationalen Atombehörde (IAEA) ohne Einschränkung nachzukommen“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier nach dem zweistündigen Treffen in Berlin. „Und ich sage auch: Teheran hat es in der Hand, den Weg der Kooperation und des Ausgleichs zu suchen. Hier steht keiner für eine Konfrontation, wir wollen eine friedliche Lösung.“

Die Drohung der Außenminister gleicht dem Brüllen eines zahnlosen Tigers. Denn auch in Teheran ist längst bekannt, dass die in Berlin demonstrierte Einigkeit auf wackligen Füßen steht. Selbstverständlich stimmen alle beteiligten Mächten darin überein, dass Iran unter allen Umständen daran gehindert werden soll, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen. „Uns eint die Einschätzung, dass eine nukleare Bewaffnung des Iran dramatische Konsequenzen hätte“, sagte Steinmeier. Aber an der Frage, wie eine Atommacht Iran verhindert werden könnte, scheiden sich die Geister.

Zunächst ist festzustellen, dass die Position der Vetomächte und Deutschlands gegenüber Iran durch den im Dezember veröffentlichten Bericht amerikanischer Geheimdienste stark geschwächt wurde. Darin wurde festgestellt, dass Teheran bereits 2003 sein Atomwaffenprogramm eingestellt habe. Zwar bestehe die Gefahr der Wiederaufnahme. Aber selbst dann würde das Land noch Jahre benötigen, um eine Atombombe bauen zu können. Zudem hat Teheran der Internationalen Atombehörde zugesichert, bis Ende Februar alle noch offen stehenden Fragen zu beantworten.

In dieser Situation scheinen verschärfte Maßnahmen immer weniger plausibel. Denn wenn tatsächlich keine unmittelbare Gefahr von iranischer Seite droht, dann ist es nicht nachvollziehbar, warum man direkte Verhandlungen mit Iran von der Aussetzung der Urananreicherung abhängig macht. Zumal Iran als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags das Recht hat, Uran anzureichern und den Brennstoff zur friedlichen Nutzung der Atomenergie im eigenen Land herzustellen. Es ist auch nicht einsichtig, warum Washington bereit ist, mit Teheran über die Lage im Irak direkt zu verhandeln, nicht aber über den Atomkonflikt, und warum Washington mit dem „Schurkenstaat“ Nordkorea über Atomfragen Gespräche führen kann, nicht aber mit dem Iran.

Ungeachtet dieser Umstände drängen die USA, Großbritannien und neuerdings auch Frankreich auf härtere Sanktionen. Selbst die Option eines militärischen Angriffs lehnen sie nicht ab. Deutschland neigt eher dazu, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen. Dass Außenminister Steinmeier in den letzten Wochen von dieser grundsätzlichen Position abgewichen ist und eiligst – vielleicht zu voreilig – das Treffen in Berlin organisiert hat, mag andere Gründe haben, die außerhalb des iranischen Atomkonflikts liegen.

Ein triftiger Grund für einen Kurswechsel ist nicht ersichtlich. Russland und China haben sich bisher eindeutig gegen weitere Sanktionen ausgesprochen. Beide Länder haben enorme Wirtschaftsinteressen im Iran. Russland ist der größte Waffenlieferant Irans, baut für das Land das erste Atomkraftwerk und liefert auch den atomaren Brennstoff dazu. China ist auf iranisches Öl und Gas angewiesen, hat in diesem Bereich bereits Milliarden investiert und ist dabei, den iranischen Markt zu erobern. Beide Länder werden die lukrativen Beziehungen so leicht nicht aufgeben, zumal es reichlich genug nachvollziehbare Argumente gegen Sanktionen gibt.

Um die widersprüchlichen Positionen der sechs Mächte unter einen Hut zu bringen, einigte man sich in Berlin – Diplomatenkreisen zufolge – auf den Begriff „moderate Verschärfung“ der bisherigen Sanktionen. Was immer darunter zu verstehen ist, der Inhalt des Resolutionsentwurfs, auf den sich die sechs Staaten geeinigt haben sollen, ist jedenfalls bislang nicht bekannt.

Aber bereits unmittelbar nach dem Treffen zeigten die Äußerungen des russischen Außenministers, dass die getroffene Vereinbarung gravierend unterschiedlich interpretiert wird. Der Entwurf sehe keine neuen Strafmaßnahmen gegen Teheran vor, sagte Sergej Lawrow. Der Text enthalte „zusätzliche Maßnahmen zur Einflussnahme“ auf den Iran. Diese hätten jedoch nicht den „strengen Charakter von Sanktionen“. Die Maßnahmen seien als „Appell an alle Staaten“ formuliert, in ihren Beziehungen zum Iran auf die Einhaltung des von Teheran unterzeichneten Atomwaffensperrvertrags zu achten.

Ohnehin wäre es naiv zu glauben, die regierenden Islamisten in Teheran würden sich von Sanktionen welcher Art auch immer einschüchtern lassen. Unmittelbar vor dem Treffen der Sechsergruppe in Berlin erklärte der iranische Regierungssprecher Gholam-Hossein Elham, die iranische Nation werde an ihren nuklearen Zielen festhalten und bewege sich dabei in einem „legalen und legitimen Rahmen“. Selbst eine neue UN-Resolution würde diese Bestrebungen nicht ändern.

Diese Stellungnahme könnte man als Trotzreaktion deuten, aber auch als Zeichen dafür, dass die Islamisten Sanktionen nicht befürchten, weil Sanktionen keine einschneidende Wirkung haben. Zu dieser Auffassung gelangte auch die Überprüfungsbehörde des US-Kongresses (GAO). Teheran habe trotz der Strafmaßnahmen seit 2003 Verträge im Wert von 20 Milliarden Dollar zur Erschließung seiner Rohstoffvorkommen unterzeichnet, heißt es in dem Mitte Januar vorgelegten Bericht der Behörde. „Die weltweiten Handelsverbindungen des Iran und seine führende Rolle in der Energieproduktion machen es für die USA schwierig, den Iran zu isolieren und Druck auf ihn auszuüben.“ (s. auch Seite 15)

Aber selbst wenn Sanktionen Irans Wirtschaft empfindlich treffen und eine Krise erzeugen würden, weiß jeder, der den Charakter des Regimes in Iran kennt, dass Sanktionen zwar die Bevölkerung belasten, aber nicht das Regime in die Knie zwingen würden. Im Gegenteil, das Regime braucht die Krisen wie Fische das Wasser, um weiterleben zu können. Die permanenten Krisen, vor allem außenpolitische, die teilweise sogar künstlich erzeugt werden, dienen dazu, von der eigenen Regierungsunfähigkeit abzulenken, die Repression ge-

gen Kritiker zu verschärfen und un-aufgeklärte Massen gegen Feinde und Feindbilder zu mobilisieren. So betrachtet könnten verschärfte Sanktionen, wenn man sich überhaupt darauf einigen könnte, das Gegenteil von dem erreichen, was man anstrebt.

Irans erste Reaktion auf das Treffen in Berlin

Einen Tag nach dem Treffen der Außenminister in Berlin wies Irans Präsident Ahmadinedschad die erzielte Einigung in scharfer Form zurück. „Die Iraner haben ihren eigenen Weg gewählt und werden diesen fortsetzen, und diese illegale Entscheidungen (von Berlin) werden keinerlei Auswirkungen auf unseren Willen haben“, zitierte die Nachrichtenagentur ISNA Ahmadinedschad nach einer Kabinettsitzung.

Niemand außerhalb der Internationalen Atombehörde habe das Recht, sich in diese Angelegenheit Irans einzumischen, sagte Ahmadinedschad in seiner ersten Reaktion auf das Treffen in Berlin. „Wir rufen sie (die sechs Staaten) auf, nicht weiter zu versuchen, uns mit dem UN-Sicherheitsrat einzuschüchtern“, sagte der Präsident. „Solche Entscheidungen gefährden nur ihr eigenes internationales Ansehen.“ Das iranische Atomprogramm diene friedlichen Zwecken, alle Frage der IAEA seien beantwortet worden. „Deshalb ist die Atom-Angelegenheit abgeschlossen.“

Auch der iranische Atom-Chefunterhändler Said Dschalali bekräftigte, Teheran sei auch angesichts drohender neuer UN-Sanktionen nicht zum Verzicht auf die Urananreicherung bereit. „Unser Land und unser Volk verteidigt sein Recht“, sagte Dschalali am 23. Januar vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments in Brüssel. „Wenn der Atomwaffensperrvertrag allen Mitgliedern das Recht zur Anreicherung garantiert, warum sollten wir dieses Recht nicht haben?“

Rice für diplomatische Lösung im Atomstreit mit Iran

US-Außenministerin Condoleezza Rice hat sich ausdrücklich zu einer diplomatischen Lösung des Atomstreits bekannt. „Letztendlich sollte und kann dieses Problem durch Diplomatie gelöst werden“, sagte Rice am 23. Januar beim

Weltwirtschaftsforum in Davos. Um Iran zum Einlenken und zur Einstellung seines Programms zur Urananreicherung zu bewegen, stellte die US-Außenministerin Teheran direkte Gespräche und „ausgedehnten Handel“ in Aussicht. „Wenn die Aussetzung (des Atomprogramms) erfolgt, werde ich meine iranischen Kollegen zu jeder Zeit und an jedem Ort treffen, um über alles zu sprechen“, sagte Rice. Eine stärkere Einladung als diese könne sie nicht machen.

Chamenei: USA werden Iran nicht in die Knie zwingen können

Iran wird sich nach den Worten des Revolutionsführers Ali Chamenei im Atomstreit von den USA nicht in die Knie zwingen lassen. Dies werde den Vereinigten Staaten nicht gelingen, sagte Chamenei dem Generalsekretär der Internationalen Atombehörde (IAEA) Mohammad El Baradei bei einem Treffen in Teheran am 12. Januar. „Die Amerikaner liegen falsch, wenn sie denken, sie könnten Iran klein kriegen, indem sie Druck über das Nuklear-Thema ausüben.“

Iran zeigt El Baradei erstmals Zentrifugenlabor

Iran hat Diplomaten zufolge IAEA-Chef Mohammad El Baradei erstmals Zutritt zu seiner Zentrifugen-Entwicklung gewährt und damit um sein Atomprogramm Entgegenkommen gezeigt. El Baradei und sein Vizedirektor Olli Heinonen hätten das Forschungslabor in Natans während ihrer jüngsten Gespräche in Teheran am 11. und 12. Januar besucht, sagten die Diplomaten am 23. Januar der Nachrichtenagentur Reuters.

Es habe sich um ein freiwilliges Angebot der Führung in Teheran gehandelt, die damit gleichsam eine Forderung des von ihr nicht unterzeichneten Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag erfüllt habe, sagte ein Diplomat am Sitz der Internationalen Atombehörde (IAEA) in Wien. Ein anderer Diplomat schwächte die Beurteilung dieses Besuchs ab. El Baradei und Heinonen seien keine Experten für Zentrifugen, sagte er. Um das Misstrauen der westlichen Welt gegenüber dem Atomprogramm zu zerstreuen, müsse Iran wie im Zusatzprotokoll verlangt, unangekündigte Kontrollbesuche durch ausgebildete Inspektoren zulassen.

In dem Labor wird den Angaben zufolge die nächste Generation von Zentrifugen entwickelt, mit der Uran angereichert werden kann. Der UN-Sicherheitsrat verlangt einen Stopp der Technik, weil sie auch zum Bau von Atomwaffen genutzt werden kann. Iran pocht auf die Entwicklung eines vollständigen Atomkraftwerk-Kreislaufs zur Stromgewinnung.

El Baradei wird Ende Februar einen nächsten Bericht zur Zusammenarbeit Irans vorlegen. Die Regierung in Teheran hat zugesagt, bis Mitte Februar die noch offenen Fragen zu beantworten. Neben den nach Erkenntnissen der US-Geheimdienste 2003 abgebrochenen Forschungen an Atomsprengköpfen geht es dabei vor allem um Spuren von Uran, das je nach Grad der Anreicherung für Atomwaffen nutzbar sein könnte. Abgesehen von diesen Fragen zu früheren Teilen des Atomprogramms wartet die IAEA zudem auf Informationen zum geplanten Ausbau der Anlagen, auf die sie internationalen Vereinbarungen zufolge Anspruch hat.

Zwischenfall am Persischen Golf

Die ersten Nachrichten über einen Zwischenfall am Persischen Golf am 5. Januar erweckten den Eindruck, als sei in letzter Sekunde eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran, die sogar in einen Krieg hätte münden können, vermieden worden. Laut ersten US-Medienberichten wurden US-Marineschiffe von Booten der iranischen Revolutionsgarden „belästigt und extrem provoziert“, hieß es bei CNN. Zudem hätten die Iraner Funksprüche mit Drohungen gesendet. In einem von ihnen habe es geheißen: „Ich gehe euch an den Kragen. Ihr werdet in ein paar Minuten explodieren.“ Danach habe die Besatzung eines der Boote weiße Behälter mit unbekanntem Inhalt ins Wasser abgeworfen. Als Reaktion auf die Drohungen seien auf den US-Schiffen die Geschützstellungen bemannt worden, und Offiziere hätten kurz vor dem Feuerbefehl gestanden, als die iranischen Boote abrupt abgedreht seien.

CNN zitierte einen Militärvertreter mit den Worten, es sei die schwerste Provokation auf See seit Jahren. Das Weiße Haus forderte von Teheran Zurückhaltung. „Wir rufen die Iraner dazu auf, von solchen Provokationen Abstand zu nehmen, die zu einem gefährlichen Vorfall führen könnten“, sagte

der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, Gordon Johndroe. Auch das US-Verteidigungsministerium bezeichnete den Vorfall als eine gefährliche Aktion. „Es ist verwunderlich, dass fünf kleine iranische Boote drei US-Kriegsschiffe in internationalen Gewässern gegenüber treten können“, sagte Pentagonsprecher Geoff Morrell. Solche Aktionen seien gefährlich und könnten schnell eskalieren, sagte der Sprecher. Das Ministerium legte zudem einen Film vor, auf dem zu sehen war, wie sich iranische Schnellboote US-Kriegsschiffen näherten. Das Video enthielt die iranische Drohung, die US-Schiffe zur Explosion zu bringen. US-Präsident Bush warnte Iran vor ernsthaften Konsequenzen, sollte das Land erneut amerikanische Kriegsschiffe im Persischen Golf provozieren. „Alle Optionen liegen auf dem Tisch“, wenn es darum gehe, die Schiffe zu schützen, sagte Bush in Jerusalem, der ersten Station seiner Nahost-Reise. Und US-Verteidigungsminister Robert Gates erklärte: „Dies ist eine sehr unbeständige Region, und die Gefahr, dass ein solcher Vorfall eskaliert, ist real. Es ist eine Mahnung an uns, dass die Regierung in Teheran unberechenbar ist.“ Schließlich legten die USA beim Iran offiziellen Protest ein. Wie US-Außenamtssprecher Tom Casey mitteilte, wurde die Protestnote dem Teheraner Außenministerium am 10. Januar durch die Schweizer Botschaft übermittelt. Sie vertritt die US-Interessen in Iran.

In einer ersten Stellungnahme bezeichnete der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, den Vorfall als „völlig normal“. Ähnliches sei „schon öfters“ am Persischen Golf passiert, sagte er der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA. Sobald sich beide Seiten identifiziert hätten, sei das Problem gelöst worden. Zudem strahlte das iranische Fernsehen eine Video-Aufzeichnung des Vorfalls aus. Darauf spricht ein Mann in ein Funkgerät, im Hintergrund sind drei US-Schiffe zu sehen. Die Aufnahmen wurden offenbar von einem kleinen Boot aus gemacht, das mindestens 100 Meter von den Kriegsschiffen entfernt war. Zunächst identifizierten die iranischen Schnellboote untereinander auf Persisch eines der drei US-Marineschiffe. Danach bittet ein iranischer Soldat auf Englisch, es solle sich zu erkennen geben. Nachdem die US-Schiffe geantwortet haben, sie agierten in internationalen Gewässern,

haben die Iraner die Information auf Persisch an ihr Hauptquartier weitergeleitet. Das fünfeinhalb Minuten dauernde Video endet mit dem Abdrehen der iranischen Boote.

Iran warf den USA vor, den Fall absichtlich zugespitzt dargestellt zu haben. Der Vorfall sei von den Vereinigten Staaten übertrieben worden, um Iran zur derzeit laufenden Nahost-Reise Bushs als Bedrohung darzustellen zu können, sagte Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini in Teheran. Dieses „Komplott“ sei aber gescheitert.

Wenige Tage nach der Verbreitung der Furcht erregenden Nachricht entpuppte sich der Vorfall als eine propagandistische Seifenblase. Washington Post meldete am 11. Januar unter Berufung auf die US-Marine, iranische Schnellboote hätten nicht damit gedroht, US-Kriegsschiffe in die Luft zu sprengen. Ein entsprechender Funkspruch habe sich noch nicht einmal gegen die amerikanischen Schiffe gerichtet. Dieser sei auf einem Kanal empfangen worden, der von zahlreichen Schiffen in der Region genutzt werde. „Es könnte sich um eine gegen andere Nationen gerichtete Drohung oder um abertausend andere Dinge gehandelt haben“, sagte Frank Throp, ein Sprecher der US-Marine.

Zudem zitierte die Washington Post aus dem Pentagon, das Verteidigungsministerium habe niemals behauptet, die Drohung käme von den Iranern! „Niemand beim Militär hat gesagt, dass die Übertragung von diesen Booten stamme“, sagte Pentagon-Sprecher Geoff Morrell. „Wenn diese verbale Drohung von etwas oder jemand ohne Bezug zu den fünf Booten stamme, würde das die Bedrohung durch diese Boote nicht mindern.“

Bush wirbt bei Golfstaaten für Front gegen Iran

US-Präsident George W. Bush hat während seiner Nahost-Reise bei den arabischen Golf-Anrainern für ein geschlossenes Vorgehen gegen Iran geworben. „Iran ist heute der weltweit führende Unterstützerstaat des Terrorismus“, sagte Bush bei einer Rede in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate am 13. Januar. Die Islamische Republik müsse rechtzeitig in die Schranken gewiesen werden.

Auf der dritten Station seiner Golfreise beschuldigte Bush die Islamische

Republik, Extremistengruppen wie die Hisbollah im Libanon, die palästinensische Hamas und Schiiten-Milizen im Iran zu unterstützen. „Die Aktivitäten Irans bedrohen überall die Sicherheit der Nationen“, sagte der US-Präsident. Deshalb stärken die USA ihre Sicherheitsversprechen für ihre Freunde am Golf und sammelten weltweit Verbündete, „um dieser Gefahr entgegenzutreten, bevor es zu spät ist“. Zuvor hatte Bush in Bahrain die US-Marine besucht.

Bush bezeichnete Iran trotz eines US-Geheimdienstberichts vom vergangenen Monat, demzufolge Iran sein geheimes Atomwaffenprogramm bereits 2003 eingestellt haben soll, weiterhin als Bedrohung. Die arabischen US-Verbündeten teilten zwar seine Sorge um einen zunehmenden regionalen Einfluss der Islamischen Republik, wollen diesen aber ohne militärische Gewalt eindämmen. So hat Kuwait wiederholt erklärt, keine Angriffe auf Iran von seinem Boden aus zuzulassen. Saudi-Arabien erklärte vor Bushs Ankunft am Golf, es werde ihm zwar zuhören, stehe aber in direktem Kontakt mit Iran und könne mögliche Probleme selbst ansprechen.

Bush hatte bereits vor seinem Nahost-Besuch angekündigt, während seiner Reise nicht nur für einen Frieden in der Region werben zu wollen. Er wolle auch vor einer Bedrohung durch Iran warnen. Er wolle über die Notwendigkeit sprechen, „sich den aggressiven Ambitionen Irans entgegenzustellen“, sagte Bush am 5. Januar in seiner wöchentlichen Radioansprache. Mit dem Nahen Osten bereise er „eine Region von großer strategischer Bedeutung für die USA, und ich erwarte diesen Besuch mit Ungeduld“. Doch die Kommentatoren stimmten darin überein, dass Bush bei seinem Vorhaben, eine bereite Front gegen Iran auf die Beine zu stellen, gescheitert sei.

Wirksamkeit von US-Sanktionen gegen Iran fraglich

Eine US-Untersuchungsbehörde hat die Wirksamkeit von Sanktionen der USA gegen Iran in Zweifel gezogen. „US-Beamte und Experten berichten, dass die US-Sanktionen spezifische Auswirkungen auf Iran haben. Das Ausmaß dieser Auswirkungen ist jedoch schwer zu bestimmen“, heißt es in einem am 17. Januar veröffentlichten Bericht der Überprüfungsbehörde des US-Kongresses

(GAO). So habe Teheran trotz der Strafmaßnahmen seit 2003 Verträge im Wert von 20 Milliarden Dollar zur Erschließung seiner Rohstoffvorkommen unterzeichnet. Es gebe Hinweise, „die Fragen über das Ausmaß der berichteten Wirksamkeit aufwerfen“.

Zuletzt hatten die USA im Streit um das iranische Atomprogramm Ende Oktober 2007 die Revolutionsgarden – Teil der iranischen Streitkräfte – als Lieferanten von Massenvernichtungswaffen gebrandmarkt. Ihre Al-Kuds-Einheiten kamen auf die Liste von Organisationen, die den Terror unterstützen. Diese ersten Strafmaßnahmen der USA gegen das Militär eines souveränen Staates ermöglichen das Einfrieren der Guthaben der Revolutionsgarden in den USA und Strafen für Unternehmen, die mit ihnen Geschäfte treiben.

Die USA haben Iran seit 1987 mit Sanktionen belegt, darunter Handels- und Investitionsverbote. Diese Maßnahmen konnten dadurch umgangen werden, dass Güter über Drittländer nach Iran gelangten, heißt es in dem GAO-Bericht. Zudem könnten mit Strafmaßnahmen belegte iranische Banken ihre Geschäfte mit anderen Währungen als dem Dollar finanzieren. „Die weltweiten Handelsverbindungen Irans und seine führende Rolle in der Energieproduktion machen es für die USA schwierig, Iran zu isolieren und unter Druck zu setzen, damit das Land die Weiterverbreitung von Waffen und die Unterstützung von Terrorismus zurückfährt“, befindet die US-Behörde weiter.

US-Armee: Mehr Anschläge im Irak mit mutmaßlicher Hilfe Irans

Die Anschläge auf US-Soldaten im Irak haben nach Angaben der US-Armee seit Jahresbeginn stark zugenommen. Wie der Befehlshaber der US-Truppen im Irak, General David Petraeus, am 12. Januar in Kuwait sagte, stieg die Zahl der Anschläge, bei denen panzerbrechende Waffen zum Einsatz kamen, in den vergangenen zehn Tagen um das Doppelte oder Dreifache. In den Vormonaten sei ein Rückgang zu verzeichnen gewesen. Die panzerbrechenden Sprengsätze, die wirkungsvoller als Sprengfallen am Straßenrand seien, hätten den US-Truppen erhebliche Verluste zugefügt. Die US-Armee geht davon aus, dass sie aus dem Iran stammen. Petraeus nannte jedoch weder Opfer- noch Anschlagzahlen.

Neuer Iran-Beauftragter im US-Außenministerium

Keine drei Stunden nach dem Rücktritt seines Iran-Beauftragten im US-Außenministerium hat Präsident Bush einen Nachfolger ernannt. An die Stelle von Nicolas Burns im Amt des Staatssekretärs für politische Angelegenheiten berief Bush den bisherigen US-Botschafter in Moskau, William Burns.

Nicolas Burns führte für seine Entscheidung am 19. Januar familiäre Gründe an. Er werde nach 26 Jahren im diplomatischen Dienst im März eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufnehmen, sagte der 52-jährige. Außenministerin Condoleezza Rice dankte Burns für seine Arbeit. Sie erklärte, Burns habe zugestimmt, sich auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt weiter um die Atomvereinbarung mit Indien zu kümmern.

Burns letzter Job war, im Sinne der USA eine dritte Runde von UN-Sanktionen gegen Iran herbeizuführen. Dafür sprach er nahezu täglich mit Vertretern der anderen ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Vertretern Deutschlands.

Die Eile, mit der Bush einen Nachfolger berief, wird in Washington als Zeichen für die hohe Bedeutung gewertet, die Bush der Iran-Politik beimisst. Der ebenfalls 52-jährige William Burns, nicht verwandt mit seinem gleichnamigen Vorgänger, war vor seiner Aufgabe in Moskau als Staatssekretär im Außenministerium für den Nahen Osten zuständig und Botschafter in Jordanien. Er trat bereits 1982 in den auswärtigen Dienst ein. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Sean McCormack, scherzt, die Regierung habe beschlossen, „den einen Burns durch einen anderen zu ersetzen“. Seit Dezember 2006 haben bereits 19 führende Beamte ihren Abschied vom State Department genommen.

Frankreich bekommt seinen ersten Militärstützpunkt am Persischen Golf

Frankreich bekommt erstmals einen Militärstützpunkt am Persischen Golf. Ab 2009 werde die französische Armee einen ständigen Stützpunkt in den Vereinigten Arabischen Emiraten haben, unmittelbar gegenüber von Iran, teilte

das Präsidentenbüro am 15. Januar anlässlich des Besuchs von Staatschef Nicolas Sarkozy in den Emiraten mit. Die Basis werde an der Meerenge von Hormus liegen, durch die 40 Prozent des gesamten Erdöls weltweit transportiert werden und in der es schon mehrfach zu Zwischenfällen mit der iranischen Marine gekommen ist. Militärexperten nehmen an, dass Iran versuchen werde, im Falle eines militärischen Angriffs durch die USA die Straße von Hormus zu blockieren und damit den Öl-export zu verhindern.

Wie die Basis genau aussehen werde, stehe noch nicht fest, aber Frankreich werde etwa 400 bis 500 Soldaten aus Heer, Luftwaffe und Marine dort stationieren, hieß es. Teil des Plans ist ein Marinestützpunkt, der im bisherigen Handelshafen von Abu Dhabi entstehen soll. Die Angehörigen der drei Teilstreitkräfte sollen die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder "allgemein unterstützen".

Zudem unterschrieben die französische Regierung und die Führung in Abu Dhabi ein Abkommen über eine Zusammenarbeit im Bereich der Atomkraft. Der französische Atomkonzern Areva, der Ölkonzern Total und der Energieversorger Suez hatten am 14. Januar erklärt, dass sie dabei zusammenarbeiten wollten. Frankreich verkauft den Emiraten demnach zwei Atomreaktoren vom Typ EPR. Abu Dhabi war die letzte Station auf Sarkozys Reise durch die Golfregion.

Israelische Armee testet erfolgreich Rakete

Die israelischen Streitkräfte haben am 17. Januar erfolgreich einen Raketen-test durchgeführt. Der Militärrundfunk berichtete, die Rakete sei vom Stützpunkt Palmahim südlich von Tel Aviv abgeschossen worden. Das israelische Verteidigungsministerium erklärte lediglich, der Test habe dazu gedient, das Antriebssystem der Rakete zu überprüfen. Nach Angaben ausländischer Militärexperten entwickelt Israel eine atomwaffenfähige Langstreckenrakete vom Typ Jericho 3, die mit einer Reichweite von 4500 Kilometern Ziele in Iran treffen könnte. Vor kurzem hatte der israelische Regierungschef Ehud Olmert erklärt, sein Land schließe kein Mittel aus, um Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.

Indes wurde aus Militärkreisen bekannt, dass Israel am 21. Januar einen neu entwickelten Spionagesatelliten ins All brachte, der Aktivitäten im Iran auch bei Nacht und wolkigem Wetter erfassen können soll. Israel misst dem Satelliten große Bedeutung bei, da befürchtet wird, dass Iran eine Atom-bombe entwickeln könnte.

Erste Bilder des neuen „TECSAR“-Satelliten lägen in etwa zwei Wochen vor, erklärte das Unternehmen Israel Aerospace Industries, das das Gerät baute. Der Satellit wurde mit einer indischen Rakete von einem Raumfahrt-zentrum in Südindien ins All gestartet. „TECSAR“ ist der erste derartige Satellit, der in Israel entwickelt wurde“, erklärte die Firma. Die Entwicklung kostete den Angaben zufolge mehrere Millionen Dollar. Es sei einer der modernsten Satelliten der Welt. Die derzeit im All befindlichen Satelliten der „Ofek“-Reihe verfügen nur über Kameras.

Israel ist weltweit bemüht, der Gefahr einer iranischen Atommacht Einhalt zu gebieten. Die israelische Außenministerin Zippi Livni hat auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos für einen weltweiten Boykott Irans geworben. „Wenn jedes Unternehmen hier, wenn jedes hier vertretene Land entscheiden würde, seine Investitionen aus Iran zurück-zuziehen, könnte das Iran aufhalten“, sagte Livni am 24. Januar vor Geschäftsleuten und Politikern in dem Schweizer Ferienort. Mit der in dem Tagungssaal versammelten „großartigen Macht“ könne die „weltweite Bedrohung“ durch Iran gestoppt werden.

Ein Boykott gegen Iran sei notwendig, weil die Regierung in Teheran den Terrorismus sowie extremistische Gruppen im Nahen Osten unterstütze und damit den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern verhindere. Außerdem rufe Iran zur Vernichtung Israels auf und leugne den Holocaust. „Wir können Iran mit Ihrer Hilfe aufhalten“, sagte Livni und betonte die Verantwortung von Unternehmen in dieser Frage.

Berlin will wegen Diplomaten-Ausweisung mit Teheran sprechen

Nach der Ausweisung eines deutschen Diplomaten aus Teheran will die Bundesregierung mit der iranischen Regierung reden. „Wir werden mit der irani-

schen Regierung sprechen“, sagte die stellvertretende Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Julia Gross, am 7. Januar in Berlin. Bereits zuvor hatte das Auswärtige Amt bestätigt, dass ein deutscher Diplomat Iran verlassen habe. Weitere Einzelheiten dazu nannte das Ministerium nicht.

FDP-Fraktionsvize Werner Hoyer forderte Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf, sich zu dem gegen den deutschen Diplomaten erhobenen Vorwurf „undiplomatischen Verhaltens“ zu äußern. Wenn es sich dabei um eine bloße „Retourkutsche“ für die Ausweisung eines iranischen Diplomaten handle, könne es nicht bei einer „lapidaren Reaktion“ des Auswärtigen Amtes bleiben. Dann müsse sich der Außenminister auch öffentlich vor seine Mitarbeiter stellen. Der FDP-Außenexperte hob hervor: „Es kann nicht sein, dass der Außenminister schon wieder davor zurückschreckt, die Dinge gegenüber einem problematischen Regime beim Namen zu nennen.“

Iran wirft Washington mangelnde kulturelle Toleranz vor

Iran hat das erste Forum der Allianz der Zivilisationen in Spanien für eine harsche Kritik an der US-Regierung genutzt. Bei der UN-Veranstaltung in Madrid sagte Irans Vize-Außenminister Ali Baghathi am 16. Januar, die Allianz sei „ziemlich das Gegenteil“ von dem, was US-Präsident George W. Bush auf Weltniveau betreibe. Zum Abschluss der zweitägigen Konferenz stellten die Veranstalter zwölf Initiativen für mehr Verständnis zwischen den Kulturen vor, darunter einen Filmfonds mit einem Umfang von 100 Millionen Dollar. An der Tagung nahmen 63 Staaten teil, allerdings weder die USA noch Israel.

Die Regierung in Washington könne von dem Forum viel lernen, sagte Baghathi. Das Forum repräsentiere den „offenen Dialog“, der dazu diene, dass es den Menschen gut gehe. Bush verstehe diese Überlegungen jedoch nicht.

Mit dem Filmfonds, den die jordanische Königin Nur am 15. Januar vorgestellt hatte, sollen Produktionen gefördert werden, die gegen eine stereotype Wahrnehmung fremder Kulturen angehen. Dazu sollen auch Kontakte nach Hollywood und zu Filmverleihern genutzt werden. Außerdem soll es künftig unter anderem ein Online-Portal für Journa-

listen geben, das internationale Experten für interkulturelle Angelegenheiten zu Recherchezwecken vermittelt. Auch soll ein Netzwerk von Goodwill-Botschaftern, von Stiftungen sowie Jugend-Solidaritätsfonds gegründet und eine Initiative zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit im Nahen Osten und in Nordafrika eingerichtet werden.

Initiiert hatte das Forum Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero, der es im September 2004 auf der UN-Vollversammlung vorschlug. Anlass der Initiative waren die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 und die in Madrid verübten Anschläge im Frühjahr 2004. Bei der Eröffnungsrede sagte Zapatero, Ziel sei die Mobilisierung „der großen Mehrheit der Bevölkerung, die in Frieden leben will“. Ein Zusammenprall der Zivilisationen müsse durch „Sicherheit, Verständnis, Toleranz und gegenseitigen Respekt in einer globalisierten Welt“ verhindert werden.

Zu den Teilnehmern des Forums zählten UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der frühere portugiesische Präsident Jorge Sampaio, der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, die frühere irische Präsidentin Mary Robinson, der türkische Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk, die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi und der brasilianische Autor Paulo Coelho. Ein zweites Forum soll 2009 in Istanbul stattfinden, wie der türkische Außenminister Ali Babacan ankündigte.

Erster direkter Kontakt zwischen Präsidenten Ägyptens und Irans

Die Präsidenten Ägyptens und Irans haben staatlichen Medien zufolge erstmals direkt miteinander gesprochen. Bei dem Telefonat sei es um die Situation in den Palästinensergebieten sowie im Libanon gegangen, meldete die ägyptische Nachrichtenagentur Mena am 22. Januar. Die iranische Agentur IRNA berichtete, bei dem Gespräch hätten Ägyptens Staatschef Husni Mubarak und der iranische Präsident Ahmadinedschad gefordert, dass Israel seine Blockade des Gazastreifens sofort aufheben solle.

Iran hatte nach der Revolution 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abgebrochen, weil das arabische Land dem abgesetzten Schah Asyl gewährte. Beide Seiten unterhalten nur

Interessenvertretungen und keine vollwertigen Botschaften im jeweils anderen Staat. Mubarak ist seit 1981 im Amt, Ahmadinedschad seit 2005. Öffentlich bekannte Kontakte zwischen den beiden gab es während ihrer Amtszeit bisher nicht.

Der ehemalige iranische Atomunterhändler Ali Laridschani hatte im Dezember bei einem Besuch in Kairo erklärt, seine Regierung sei in allen Fragen zur Zusammenarbeit mit Ägypten bereit. 2003 standen beide Seiten kurz vor der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Dies scheiterte jedoch daran, dass Iran ägyptischen Forderungen nicht nachkam, ein Wandgemälde und Straßenschilder zur Erinnerung an den Islamisten Chaled al Islamboli, den Mörder von Mubaraks Vorgänger Anwar Sadat, aus dem Stadtbild Teherans zu entfernen.